

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhofs 3666-3696, Telegramm-Nr.: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,00 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 22 Pf. Bestellsgeb.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): V. K.-W. Philipp, Berlin, Anzeigen-Preis: nach Zelle 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: nach Zelle 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anzeige] Nr 158

FREITAG, 1. APRIL 1932

ABEND-AUSGABE

Gegen die Autarkie!

Steuerzahlen wie noch nie

Das dicke Ende in U.S.A.

Die Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

Der handelspolitische Ausschuss des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat seine Beratungen beendet. Das Ergebnis dieser Tagung ist eine kritisch scharfe Abgabe an alle Autarkiebestrebungen und Währungs-Experimente. Derselbe wird berichtet:

Als höchstes Lebensziel der Nation, das die Abnahme des deutschen Auslandsvermögens durch die Aberrationsmaßnahmen des Auslandes zurechtzuweisen ist, eine Verhinderung der Devisen-Situation führen muß, wenn auf einer Seite der Dienst für unser Auslandsverpflichtungen aufrechterhalten und die Ernährung der Bevölkerung sowie die Beförderung der Industrie mit den notwendigen ausländischen Rohstoffen sichergestellt werden soll.

Angedacht dieser Lage wird es für unerlässlich gehalten, jeden möglichen Versuch zu unternehmen, der geeignet ist, zu Devisen-Ersparnissen zu gelangen, ohne dabei die deutsche Industrie, deren weitere Förderung unter allen Umständen für notwendig erachtet wird, zu beeinträchtigen. Die weitest überwiegende Mehrheit des handelspolitischen Ausschusses vertrat den Standpunkt, daß das gegenwärtige System der Devisenbewirtschaftung diesen Bedürfnissen nicht gerecht wird. Es wurde eine Verbesserung der Devisenbewirtschaftung im Sinne einer erweiterten Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte verlangt.

Dem Ziel einer bevorzugten Zuteilung von Devisen für die Einfuhr notwendiger Lebensmittel, Rohstoffe und gewisser unentbehrlicher Selbststoffe.

Der handelspolitische Ausschuss sieht auf dem Standpunkt, daß, sobald als möglich eine Änderung der bisherigen Devisenbewirtschaftung durchgeführt werden muß, um rechtzeitig den oben erwähnten Erfordernissen gerecht werden zu können. Es vertrat im übrigen die Auffassung, daß alle Pläne in der Richtung einer Autarkie ebenso falsch wie etwa damit verbundene Währungs-experimente abzulehnen sind.

Bei schwebenden Devisenverhältnissen aus dem Export und gleichbleibender Belastung durch Kreditrückzahlungen und Güllatleistungen ist die Devisenreserve zweifelsfrei eine Lebensfrage für die deutsche Wirtschaft. Auch soll nicht vernachlässigt werden, daß die Devisenzielsetzung an die Importeure nicht schiedlich und für alle Warengruppen gleichmäßig immer weiter herabgedrückt werden kann. Unsere Rohstoffimporte sind bereits bis auf das Minimum herabgedrückt, das die verarbeitende Industrie zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe braucht. Aber andererseits wäre es äußerst bedauerlich, auf dem Versuchungsmoment, also durch eine handelspolitisch unkontrollierbare Devisenverknappung die Einfuhr reglementierter zu wollen. Gerade auf diesem

Wege ist es besonders schwer, Maßnahmen zu vermeiden, die Repressalien des Auslandes hervorgerufen und damit unjener Export schädigen. Und gerade das will der Reichsverband der Industrie doch ausdrücklich vermeiden sehen.

Man hat erwartet, daß die Spitzenvertretung der Industrie zum mindesten mit positiven Vorschlägen auf anderer Art an die Devisenproblematik herantritt würde. Eine Reform des Stillhalteabkommens, insbesonders Ermäßigung der Zinsen ist zweifellos auch in industriellen Kreisen lebhaft diskutiert worden, doch konnte hier anscheinend eine Einigung nicht erzielt werden. Vor allem aber ist es bedauerlich, daß der Industrieverband sich auf die Einfuhrfragen beschränkt und sein eigenes Arbeitsgebiet, die Ausfuhr, völlig außer acht gelassen hat.

Man kann gewiß in einer verdärrten Devisenperiode und bei damit verbundenen Einfuhrbeschränkungen ein Mittel sehen, dem protektionistischen Ausland die Augen zu öffnen und einer Beteiligung der Zollmannen vorzuarbeiten. Aber damit allein ist es nicht getan. Die Weisheitsregel steht in einer schweren Kampe um neue handelspolitische Vereinbarungen mit unsern westlichen Abnehmern und Lieferanten. Gerade hierüber hätte man gerne etwas vom Industrieverband gehört. Der fatalistische Hinweis auf die Emanzipation der überseeischen Länder, auf die Verlagerung des weltwirtschaftlichen Schwerpunktes zum atlantischen auf den pazifischen Raum ist kein Gegenargument. Die Erfahrung hat gezeigt, daß gerade zünftigen hoch-industrialisierten Ländern besonders günstige Möglichkeiten für den Austausch von Spezialerzeugnissen bestehen. Auf die Rohstoffeigenen, diese Möglichkeiten durch Zusammenarbeit mit kapitalreichen Ländern zu erschließen, muß immer wieder hingewiesen werden. Denn liegt die Entscheidung nicht bei Deutschland allein; auch haben wir jedoch alles Interesse daran, die eben beginnende Aktivität auf diesem Gebiete nicht einfließen zu lassen.

Erfreulich ist, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Industrie klar erkannt hat, wie sehr unter heutiges Schicksal verknüpft ist mit unserer Stellung innerhalb der Weltwirtschaft. Lösung aus der Weltwirtschaft, „Autarkie“ bedeutet Verkümmern der Industrie und damit Verachtung der Nation. Und mit derselben Bestimmtheit wird auch die Verhinderung abgewiesen, durch Währungsexperimente schwebende Entscheidungen zu schaffen, die nach kürzester Frist ins Gegenteil umschlagen würden.

Besorgnis um den großen Protektor

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 1. APRIL

Der Stand der polnisch-französischen Beziehungen erweist in der polnischen Öffentlichkeit wieder, einmal lebhaftes Aufregung. Die Medienpresse weist darauf hin, daß Polen in den ersten offiziellen Beziehungen über den Plan Zarbinski für die Donau-Region nicht zufrieden sei. Die polnische Regierung hat erklärt, daß das polnische Verhalten nicht für sich selbst, sondern für die polnischen Beziehungen zu Frankreich, die sie nicht Erfolg der französischen Pläne zu bringen könnten, deren ganz außerpolitische Haltung Polen gegenüber sehr kritisch ist.

Auch die polnische Presse spricht die Aussichten eines Wohlwollens der französischen Westen und deutet dabei die Hoffnung an, daß dadurch ein gewisser Druck auf die innerpolitischen Verhältnisse bei den osteuropäischen Verbündeten Frankreichs erfolgen könnte.

Neuzeitliche Zollmannen

Der „Times“-Korrespondent in Dublino meldet, daß die Regierung des Irlands Freizulassung beschlossen habe, einen allgemeinen Zolltarif von 33 1/2 % auf alle Arten von Einfuhr-

waren zu legen, die im Freizulassungsgebiet hergestellt werden können. Wenn es Großbritannien und dem britischen Weltreich ein Geschenk folge eine „Vorzugsbehandlung von 8 1/2 % an G. erhalten, als „nur“ mit einem Zoll von 25 v. B. belastet werden.

Außer einer Regierungsantitrade, die Ministerpräsident de Valera kürzlich im Rahmen für die in Amerika lebenden 11 Millionen Iren gehalten hat, wird die New-Yorker Handelswelt, wie sie schon antizipiert, noch weitere Beiträge des britischen Nationalführers in den Vereinigten Staaten übertragen.

Korruptionsprozess um die Bundesbahnen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 1. APRIL

Deute begann das strafrechtliche Nachspiel eines Korruptions-epidemiologischen Aufstiehs. Bei den Bundesbahnen war ein Scheiterns gebildet worden, das sogenannte Schwere Rohstoffe, aus dem nicht nur unter anderem Spenden von vielen hunderttausend Schilling für den Jodel-Club gezahlt worden waren, sondern der auch für die damaligen Direktoren eine willkommene Verzögerung ihrer Einkünfte darstellte. Der frühere Oberverwalter Joseph Watschak und der frühere Direktor Tausig werden jetzt auf Strafbefehl von 618.000 Schilling verurteilt, die sie sich unrechtmäßig angeeignet haben sollen.

Als in jenen schwebelnden Oktobertagen des Jahres 1929 an der New-Yorker Börse die Kurse zu stürzen begannen, als jene große Panik einbrach, die der amerikanischen Prosperität das Lebenslicht ausblies und der ganzen Welt eine Depressions-epidemie bescherte, hat man sich in Amerika kaum trauen lassen, daß damit auch das Ende des fröhlichen und angenehmen Steuerhimmels eingelautet wurde. Man hatte seine schweren Altverleure, gewiß, man hatte erhebliche Dividendenausfälle, ja, man hatte untermäßig verringerte Ertragsmöglichkeiten an allen Ecken und Enden. Doch aber in einem solchen Augenblick auch noch der Staat mit Wänschen nach Steuererhöhungen an auf den Plan treten sollte, fohien jedem echten Amerikaner ganz unvorstellbar. Natürlich verstande denn auch Präsident Hoover noch im August 1930, also gut zehn Monate nach Ausbruch der Krise, das er teilen würde, die für das letzte Steuerjahr beschlossenen Steuererhebungen werden rückgängig zu machen, denn „ein Haushaltsdefizit sei nicht zu befürchten“.

Man würde dem amerikanischen Präsidenten untreu tun, wollte man annehmen, daß er zu diesem Zeitpunkt noch nicht ein klares Bild über den Ernst der Situation gehabt hätte. Er mußte natürlich möglich — und mußte es auch — daß der Börsenrückgang im Haushaltsplan sich erst auswirken würde, wenn die Steuern für 1930 einzuhalten waren. Er mußte hoffen, daß der Haushaltsdefizit für 1931 die Einnahmen bei weitem übersteigen müßte, wenn nicht schon 1930 höhere Steuern beschlossen würden. Aber lo groß war die Macht der Gewohnheit — und die Amerikaner waren seit 1920 daran gewöhnt worden, daß ihnen der Kongreß jedes Jahr neue Steuererhebungen bescherte — daß selbst noch 1930 kein Politiker von Steuererhöhungen sprechen konnte, ohne nicht seine politische Zukunft zu gefährden. Scheitern Auges mußte also die Regierung Hoover einen mühseligen Verhandlungsprozeß zutreiben, wobei entlichend für den Präsidenten und seine Mitarbeiter aus der Treasury nur angehängt werden kann, daß die physiologische Wirkung einer Antinöhen von neuen Steuern auf die ersten, allerdings trügerischen Zeichen einer Wiederbelebung der Wirtschaft nicht zitterten konnten und wollten. Sie mögen wieder aufrichtig geglaubt haben, daß das Ende des Jahres 1930 einen Wirtschaftsumschwung bringen würde, der neue Steuern überflüssig machen würde.

Es war ein Glück für die amerikanische Regierung, daß sie für das Jahr 1929 eine einjährig befristete Einkommensteuer-Ermäßigung von einem Prozent durchgesetzt hatte, die automatisch im nächsten Jahr wegfallen mußte, wenn sie nicht ausdrücklich vom Kongreß neu beschlossen wurde. Eine solche Lage ist sogar so aus, als wollte der Kongreß trotz Krise auf Erneuerung dieser einjährigen Vergünstigung drängen. Denn aber ließ man in einer Stille die Zeit verstreichen. Trotz der beträchtlichen Mehrnahmen, die dadurch erzielt wurden, stieg aber das Haushaltsdefizit. Und — wie oft schon — das Schicksal mußte im Laufe weniger Wochen 1931 durchfallen lassen, daß das Defizit sich auf mehr 500, mehr 750 Millionen Dollar betrage. Heute halten sich die Schätzungen des Finanzministeriums, die sich in den Jahren der Prosperität immer durch äufreichte Genauigkeit auszeichneten, zwischen fünfzig- und anderthalb Milliarden Dollar. Und Bestimmen behaupten, daß es bis zum Jahresende auf zwei Milliarden Dollar angewachsen sein wird, wenn nicht Durchgreifendes geschieht.

Nun, das Durchgreifende ereignet sich in diesen Tagen, und allen guten Europäern steht das Herz still, wenn sie von den rasanten Umkehrungen der Steuerherrscha, die Amerika in diesen Tagen erlebt, hören. Gerade wir in Deutschland sind zu einigem an Reglosigkeit gewöhnt, wir haben ja jaßrens, dem letzten erfahren müßten, was ein verlorener Krieg heißt und was Steuererperimente aus einem ohnehin schon geschwächerten Einkommen noch alles herauspressen können. Aber Amerika, das ja in Gold schwamm, Amerika, das nicht nur keine Reparationen zu zahlen hatte, sondern sie empfangt, Amerika, das — um einmal die Sprache der Rechten zu reden — nicht von dem „System“ regiert wird, sondern im Kapitalismus die Reinkultur der freien Betätigungsmöglichkeiten genießt, und von diesem System das Beste zu erleben, durfte menschlich vielerlei Schicksale, man die politisch aber doch schwere Entscheidungen bereiten. Denn wo bleiben alle politischen Argumente gegen das „System“, wenn plötzlich ein amerikanischer Kongreß, der unter 631 Abgeordneten und Senatoren noch nicht die Sozialisten, nicht einen einzigen Kommunisten ansammelt, eine Erb-

schaffte von zwanzig auf fünfundzwanzig Prozent erhöhen, eine neue Umsatzsteuer von anderthalb Prozent einführen, die Körperschaftsteuer um anderthalb Prozent herabsetzen, das Biersteuern zu erhöhen und sogar den Zehrenthandel mit einer „unangenehmen“ Zage belegen! Man...

Eine gute Milliarde neuer Steuererlöse sind bisher durch die Notwendigkeit des Reparationsanlehens für den Staat erschlossen worden, gute, runde vier Milliarden Reichsmark hat das kapitalistische Amerika aus einer ihn banderlebenden Wirtschaft herausgegründet, um — An, nun genau das gleiche zu erreichen, was auch Deutschland mit seinen Steuern erreichen muß, und was Amerika nicht durch Wirtschaft auf der Absatzseite erreichen konnte: um den Staatshaushalt zu balancieren, um dadurch Vertrauen in sein Wirtschaftssystem zu erzielen, um daraufhin Anleihen aufnehmen und seine Währung vor Angriffen einer fröhlichen „Wassipfepulation, vor den Massenandrängen politischer Gegner und vor der Angst seiner alten Schuldner zu sichern. Aber die konteraktive Einstellung Hoover's, wie die antipolitikalische Haltung des neuen Schatzministers Mills, wie die kapitalistische Stimmung im Kongreß selbst, wird genug glauben, daß sie eben anderen Weg den der Bereicherung vorgezogen hätten. Aber selbst die Finanzgenossen Amerikas fanden neben anderen als den, den das „System“ in Deutschland seit Jahren gegen seinen Willen zu eben gewonnen ist.

Sollte man daraus in Deutschland nicht etwas lernen? Sollte man daraus nicht den Schluß ziehen, daß Unabwendbares hinzunehmen ist, wie es jetzt in Amerika hinzunehmen wird? Sollte man nicht darin einen neuen Beweis dafür sehen, daß auch die extreme Rechte, wenn sie in Deutschland einmal aus Rader kommen sollte, keine anderen Wege als die des „Systems“ gehen könnte und auf diesen Wegen wahrscheinlich noch rücksichtsloser vorgehen müßte als die heutige Regierung, weil ihr auch noch das Vertrauen des Auslandes fehlt? Die ganze Welt ist in eine wirtschaftliche Krise verwickelt, die ganz unabhängig von „Systemen“ die Wege aus der Not überdill die gleichen harten und reinigen sein müssen.

Wilhelm Schulze.

Siehe auch Handelsteil.

Propaganda der Unmündigen

Die Nationalsozialisten begnügen sich nicht damit, die Kinder von sechsten Jahr ab mit falscher Propaganda politisch zu mißbrauchen. Sie wollen die Opfer ihrer Irreführungen Sehe jeit auch als Werkzeug benützen, um auf die ältere Bevölkerung Einfluß zu gewinnen. Das Vertrauensverhältnis zwischen Kindern und Eltern, zwischen Eltern und Großeltern soll für eine organisierte Propaganda eingespannt werden. Den Kindern werden Anekdoten für die ein Formular ausgearbeitet ist, in dem es wörtlich heißt:

Kater, Dein Onkel, Mutter, Deine Tante kommt zu Dir und verlangt von Dir, daß Du beim jungen Wolfgang Adolf Hitler zum Reichspräsidenten wählst.

Ihr Leute und zumt Eure Kinder aus und meint, Kinder verstehen nichts von Politik, Kinder sollten sich um Schularbeit kümmern. Was treibt denn Euer Kind zu dieser Forderung an Euch?

Deutsche Eltern! Euer Kind heilt vor dem Bildnis. Euer Kind wird nie in der Lage sein, für Eure alten Tage zu sorgen. Euer Kind ist ein Elend! Schämmer noch als Ihr!

Wohruch?

Der Young-Bismarck nahm ihm die Antunft! Der Young-Bismarck nahm ihm den Antritt, nahm ihm das Brot. Der Young-Bismarck ist unerschrocken vom Reichspräsidenten zum Bundespräsidenten Wählt Ihr, daß Euer Kind weiter Elende sein soll? Wählt Ihr, daß es Euch eini Wohlworte macht? Wählt Ihr, daß Euer Catef, Euch eini Wohlworte macht? Dann wählt Hindenburg noch einmal!

Bernünftige Eltern und Großeltern, die solche Briefe bekommen, werden nicht zur Wahl für Hitler gehen, sondern ihre erstlith überlegen müssen, wie sie sich und ihre Kinder, ihre Söhne und ihre Familien vor solchen unpolitischen und unethischen Manipulationen zu schützen. Wie sollen Kinder sich im Leben zurechtfinden, wenn man ihre Unerschrockenheit mit solchen einseitig gerichteten politischen Kammergerichten belastet? Aber die Familie vor den unünftigen Manipulationen der Volkspolitiker schützen will, wird aus dieser Werbung für Hitler den Antrieß schöpfen, sich viel mehr und viel öftiger mit der Bekämpfung solcher Mißbrauchs zu beschäftigen.

Freiwillige Pensionierung statt Junglehrer-Abbau

Die heillosen Junglehrer sind dadurch vor einem neuen Katastrophe zu retten, daß die Lehrer der Volksschulen und Berufsschulen und 40 Lehrkräfte der höheren Schulen, die bis 1922 Berufsjahre erreicht haben, freiwillig in Pension gehen. Dieser den Beamten, die auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten, befindet sich auch der demotografische Ministerialdirektor im Kultusministerium Otto Uffordt. Er war ein Jahre als übertragter Republikaner an der Spitze des heillosen Schulsystems tätig, was für ihm Staatspräsident Dr. Brüning seinen Dank ausdrückt.

Ein verdorbener Gewerkschaftsführer des G.D.A.

Direktor Josef Heiß, der ehemalige Vorkämpfer des Verbandes der Jungbeschäftigten (Verziger Verband) und späterer Mitbegründer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G.D.A.), ist mit dem 31. März in den Ruhestand getreten. Bei einem kleinen Festakt in den Räumen der Verziger G.D.A.-Verzweigung würdigten der Bundesvorsitzende Heidekampfschneider, Gustav Schneider und eine Reihe anderer Verbände...

Londoner Vor-Konferenz 6. April Oesterreichs Anleihewünsche

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 1. APRIL

Dem foreign Office wird mitgeteilt, daß die Vor-Nichte-Konferenz in London, die in Wirklichkeit nur eine Vor-Konferenz sein kann, am 6. April beginnen und etwa drei Tage dauern wird. Die französische Regierung hat die Annahme der Einladung jetzt offiziell erklärt; sie wird sich nicht durch Zarben, sondern den Finanzminister Landin vertreten lassen, wie der deutsche Botschafter durch den Staatssekretär von Bism. Für Italien wird Außenminister Orlando teilnehmen.

Man zeigt sich in London von diesem Arrangement durchaus befreit. Bismarck ist, daß es nicht die Lösung gemacht werden, weil die Situation Oesterreichs und Ungarns mit jedem Tage entsetzlicher wird. Als Illustration wird die bereits erwähnte Tatsache angeführt, daß am 12. April eine außerordentliche Sitzung des Völkerrates anberaumt worden ist. Der Finanzausschuß des Völkerrates soll, nach englischen Quellen, die Absicht haben, an ihrer Stelle die Gewährung von Anleihen vorzuschlagen, weil sonst eine Moratoriumserklärung Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens nicht zu vermeiden wäre.

Anschließend soll der Finanzausschuß auch einen Transfusionsplan für diese Länder vorlegen, in der Form, daß die fälligen Zinsraten für die ausfallenden Anleihen auf ein inländisches Conto einbezogen und von den Regierungen dieser Länder unter Kontrolle des Völkerrates für innerwirtschaftliche Zwecke verwendet werden soll.

*

Die englische Darstellung der Vorschläge, die vom Finanzausschuß des Völkerrates zu erwarten sind, trifft nach unserer Kenntnis nicht völlig zu. Richtig ist, daß die österreichische Regierung die vier Währde, die auf der Londoner

Vor-Konferenz vertreten sein werden, darauf aufmerksam gemacht hat, daß eine reich und unmittelbare wirksame Hilfsaktion für Oesterreich die Gewährung einer Anleihe wäre. Die Gefahr, daß Oesterreich, Ungarn und Bulgarien, wahrscheinlich auch Griechenland, sich gezwungen sehen könnten, zu einem neuen Zeitpunkt ein Moratorium zu erklären und den Zinsendienst an das Ausland einzustellen, ist bedrohlich. Um für sie zu sorgen, hat Oesterreich schon vor mehreren Monaten das Ergehen um eine neue Anleihe gestellt. Die französische Regierung, die als Gelöbiger in erster Reihe in Betracht kommt, und die erst jüngst vom Stammer und Senat eine 100-Millionen-Franco-Anleihe für die Tschoslovenen bewilligen lassen, verhält sich hinsichtlich der österreichischen Anleihewünsche gegenüber abfehnend; es ist darum kaum die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß der Finanzausschuß des Völkerrates dem österreichischen Antrage zustimmen wird.

Zarben will an seinem Projekt eines Wirtschaftskongresses der Donau-Staaten fest. Das England und Italien werden dem gleichen Weg nach das gleiche Ziel wollen wie Frankreich, ist mehrfach dargestellt worden. Es wird sich in London ergehen, ob MacDonald und Oswald über die allgemeinen großen Grundzüge hinaus auch detailliert ausgearbeitete Vorschläge für eine wirtschaftliche Aktion zugunsten der Donau-Staaten vorlegen können und werden.

Kein Verkauf der österreichischen Bahnen

Gegenüber den Meldungen über ein (in jüngster Zeit neuerlich geäußertes) französisches Interesse für die österreichischen Bundesbahnen erklärt die österreichische Regierung, daß nach wie vor weder ein Verkauf noch eine Verpachtung der Bahnen beabsichtigt ist.

Herriot „wertet um“

Herriot, was Heil in vier Jahrzehnten hingebender Arbeit bei der Auf- und Ausbau der freihändlerischen nationalen Angelegenheitsorganisationen geleistet hat.

Der Führer der linkensten Partei Frankreichs, Herriot, kündigt ein neues Werk aus seiner Feder an, das den Titel „Herriot“ erhalten soll.

„Mein neues Buch besteht aus zwei Teilen“, erklärt er, „aber eine gilt innerpolitischen Studie, der andere der Schilderung der Beziehungen Frankreichs zu den übrigen Völkern. Ich bemühe mich, eine Umwertung aller Werte vorzunehmen. Oeuvre hat einmal gesagt: Die Welt ändert sich alle 50 Jahre. Ich werde mich der größten Objektivität befleißigen; jedoch ist eine neue Zeite erbede, die mir richtig erscheint, glücklicherweise liefert in mein Programm ein.“

Evangelischer Erzbischof Lettlands

Die evangelisch-lutherische Erzbischof Lettlands hat mit 247 gegen 25 Stimmen bei Gemeindevollversammlung der deutschen Vertreter am Donnerstag beschloßen, das Amt eines lettlandischen evangelisch-lutherischen Erzbischofs zu schaffen. Bisher war der Bischof der deutschen Gemeinden Lettlands (Wolff Poldaus) im wesentlichen dem lettischen Bischof gleichgestellt. Durch die Wahl des Erzbischofs wird jetzt der deutsche Bischof dem Erzbischof unterstellt. Zum Erzbischof wurde der lettische Pastor Brinberg gewählt.

Reveriments

im Auswärtigen Amt

Der deutsche Vorkämpfer in Angola, Rudolf Bohnen, der die deutsche Delegation auf der östlichen Abrüstungskonferenz führte, wird nach Wählung seiner jetzigen Mission nicht mehr noch der Titel zurückführen.

*

Sone Morabit, seit dem 8. Oktober 1920 deutsche Gesandter in Ktauen wurde aberufen. Sein Nachfolger für die Vortragende Legation ist Außenministerialrat, Geheimrat Dr. Otto Heinicke, werden.

*

Dr. Friedrich Stieme, seit dem 3. Juli 1928 Gesandter in Kiga, ist in das Auswärtigen Amt nach Berlin beauftragt worden.

*

Der deutsche Vorkämpfer in Tokio, Dr. Ernst Bergsch, der seit 22. Januar 1920 das Reich in Japan vertritt, ist nun seinem Posten aberufen worden.

*

Dr. Felix Grobba, bisher Legationsssekretär im Auswärtigen Amt und Referent für die Orientländer, hat seinen Vorken als Kommissar in Bagdad angetreten. Er ist nun außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister im Irak erschienen, da in einigen Monaten dort eine deutsche Gesandtschaft errichtet werden soll. Die Ernennung erfolgt mit dem Rückblick, wo der Irak eine Gesellschaft in Deutschland bekannt gibt. h. fr.

Politik im Buch

Staat neben den Staaten

Nutz nach Zar Kreugers Tod erscheint ein umfollender Versuch einer zeitigen und politischen Deutung des von ihm geschaffenen Machtwerkes: „Kreuger und Toll als Wirtschaftsmann und Weltmann“ von Dr. Alfred Maceas. (Neu! Fritz! Verlag, Berlin und Leipzig.) Das Buch liefert, wie im Schwendertum wirksamen objektiven Rastie auch nach dem Tode seines Schöpfers am Leben bleiben können und sollen. Der Verfasser stellt nicht bei der an sich schon reichhaltigen Beschreibung dieses weltumspannenden Konzerns mit seiner Monopolstellung auf dem Gebiete der Zündholz- und Exportorganisation und neuerdings auch der Staatsfinanzierung, mit seinen bedeutenden Zersplitter, Papier- und Grundbesitzinteressen stehen. Wohl gibt auch er eine besonders anschauliche graphische Darstellung des Konzerns und den wörtlichen Abdruck einiger charakteristischer Monopol- und Anleiheverträge.

Im wesentlichen kommt es ihm jedoch darauf an, Kreugers Organisation als einen Wirtschaftskoloss zu charakterisieren, der gleichberechtigt mit den Staaten verkehrt, nicht Staat im Staat, sondern Staat neben den Staaten. Das Weltimperium des Kreuger-Konzerns erblüht Maraca in der optimistischen Verbindung von Anleihen und Immobilien Kapital in einer Sand, in der Unmöglichkeit von den Zolnmannern, die er durch Errichtung eigener Fabriken in etwa 500 Ländern übertrug. Besonders auffallend sind die Auseinandersetzungen über die Gegenpolitik dieses indubiduellen Wirtschaftskolosses, nämlich die kollektivistische Staatswirtschaft Anleihen, und des Vorkaufes Maraca, das Maraca wegen seiner primären wirtschaftlichen Interessen eine tiefere Stufe kapitalistischer Entwicklung einleitet. Selbst die vielfach heftigen Ausfälle des Verfassers sind durch die jüngste Entwicklung nicht ganz überholt. Kreuger war kein „Revolutionsführer“. Das Buch ist ebenso wertvoll durch die Gedanken, die es ausspricht, wie durch die, welche es anregt. Unabhängig von Kreugers Verfall müßten es für das große Problem, ob und wie es möglich ist, die wirtschaftlich, politischen und sozialen Vorteile der Welt nach neuen Normen zu gruppieren.

Zahshelm

gegen den Herzog von Koburg

Oegen den Herzog Karl Eduard von Koburg, der den nationalsozialistischen Ruf der Hitler mitunterstützt hat, wird nun Stahlschelm-Bundeswehr ein Stahlschelmwehrchen eingeleitet, mit der Begründung, daß der Ruf der politischen Stellungnahme des Stahlschelm wiederholt.

Neuer Oberlandforstmeister.

Der bisherige Oberlandforstmeister im Preussischen Landwirtschaftsministerium, Pörrer, tritt wegen der Erkrankung des Herzogs am 1. April in den Ruhestand. Wie verlautet, wird der bisherige Landesforstmeister Berggrün zu seinem Nachfolger ernannt werden.

Verbotene Wahlplakate an den Säulen

Der mißachtete Osterfrieden

Stroh des Osterfriedens fand man heute an den Berliner Ultrafuralen nationalsozialistische Wahlplakate. So sollte sich heraus, daß die „Aere“, ein halb südtürkisches Internat, für diesen Zweck der Vorbereitung des Reichspräsidenten verantwortlich ist.

Bereits heute früh trugen Polizeistreifen gegen die Streife der Aere ein; an zahlreichen Stellen der Stadt wurden auch die Plakate von den Beamten entfernt und schließlich, als die Aere sich klar darüber wurde, was sie angerichtet hatte, sorgte sie ihrerseits für die Abnahme der verbotenen Anschläge.

Am frühen Morgen die verantwortlichen Leiter der „Aere“ als Folgepräsidenten geladen worden. Sie gaben an, daß das Vorgehen der Aere auf eine Vertretung von Mitgliederämtern zurückzuführen sei. Das nationalsozialistische Wahlplakat lie ihnen zur Veröffentlichung überreicht worden, und da es bereits von der politischen Polizei abgeblockt gewesen sei, hätten sie keine Absichten, es andrücken zu lassen.

Demgegenüber ist zu sagen, daß zwar eine Bestimmung besteht, nach der von der Polizei abgeblockte Plakate vierundzwanzig Stunden nach der Ablegung veröffentlicht werden dürfen, daß diese Bestimmung aber zur Zeit des Osterfriedens — und diese Erklärung kann man von den Leitern der Aere während — hinsichtlich ist. Im übrigen hat die Polizei bereits während der ganzen

Zeit des Osterfriedens Plakate aller Parteien abgeblockt — selbstverständlich nur aus dem Grunde, damit die Plakate nach Ablauf des Osterfriedens, also am 3. April mittags 12 Uhr, zur Veröffentlichung fertig sind.

Eine andere Bemerkung, der die Aere die Schuld zuschreibt, besagt sich auf die Örtlichkeitsbestimmung, nach der bereits heute Plakate mit Verbringungsangaben freigegeben sind. Die Plakate mit Verbringungsangaben und Wahlplakate miteinander verwechselt haben.

Die Polizei, die in dem Vorgehen der Aere trotz ihrer Entschuldigungen einen offenen Bruch des Osterfriedens hat gegen die verantwortlichen Leiter des Internats, so gegen den Direktor Martin, ein Verfahren eingeleitet. Außerdem ist der Aere polizeilich aufgefordert worden, die noch an den Säulen befindlichen Plakate bis spätestens heute mittags 12 Uhr zu entfernen.

*

Übergriffe der Aere. So in dem Auftragsarbeiten der Aere, Stadtrat **S a h n**, veranlaßt, sofort den Auftragsarbeiten dieser Gesellschaft zusammenzusetzen, damit er auf den Auftrag des Wahlplakats der nationalsozialistischen Arbeiterpartei an den Säulen die Stellung nehmen kann.

Ultrafural-Fortschritte

Neue Sende-Röhre gibt überraschende Leistung

Die endgültige Lösung des für Berlin vorgeschlagenen Ultrafuralwellen-Senders hat in hohem Maße von der Leistungsfähigkeit der neuen Spindelröhre ab, die zur Zeit bei Telefunken hergestellt wird. Nach vorläufigen Schätzungen sollte sie etwa drei Kilowatt erzeugen.

Das erste Modell dieser neuen, meßgerätesfähigen Röhre ist, wie die neue Nummer der „Elektronik“ berichtet, jetzt fertig gestellt und hat auf dem Prüfstand ein Ergebnis gezeigt, das auch die höchsten Erwartungen weit hinter sich läßt: Die Röhre liefert bei der in Aussicht genommenen Wellenlänge von 3 Metern nicht weniger als 14 Kilowatt und hat dabei den überragenden hohen Wirkungsgrad von 56 Prozent.

Diese Feststellung ist für die gesamte Entwicklung der Ultrafuralwellen-Technik von allergrößter Bedeutung, denn sie widerlegt die Behauptung, daß die Erzeugung solcher kurzen Wellen nicht wirtschaftlich sei, als die normaler Wellen. Der Unterschied beträgt jetzt nur noch wenige Prozent, wenn die Sender röhren für die normalen Wellen haben im allgemeinen einen Wirkungsgrad von 60 bis 75 v. H.

Auch die Verbesserung der Ultrafuralwellen, die sich äußerlich von den üblichen nur wenig unterscheiden, dürfte nach den bis heute vorliegenden Ergebnissen nicht hinter der normalen Senderöhre zurückbleiben.

Für den ersten regulären Ultrafuralwellenverkehr werden zwei Röhren vorgesehen, die zusammen etwa 15 Kilowatt in die Antenne liefern.

*

Für Termine der angehängten Verträge mit verschiedenen Firmenunternehmen sind zur Zeit auf dem Europa-Boothaus zwei weitere Plätze erledigt.

Diese Verträge sollen Klarheit darüber schaffen, ob durch Bindung der Ultrafuralwellen teilweise horizontal oder vertikal angeordnete Dipolgruppen günstigere Strahlungscharakteristika geschaffen werden können.

Ob und inwieweit die Frage: „Kunstform oder Europa-Boothaus?“ von den ersten Ergebnissen mit der neuen Senderöhre beeinflusst wird, ist noch nicht abzuwarten. Es scheint aber, als ob sie zu einer Veränderung des Europa-Boothauses führen könnten.

Selbstmord eines Polizeibeamten. In der Polizeistation unterst Alexander in der Kleinen Alexanderstraße hat sich heute vormittag der 42 Jahre alte Polizeioberwachtmeister Hermann Schaefer um 9. Polizeierbeilich. Die Weite, die den Beamten in den Tod getrieben haben, sind noch völlig unklar. Schaefer war bei seiner vorletzten Bekehrte als überaus lüchlicher und pflichtgetreuer Beamter bekannt. Heute vormittag blieb er, als seine Frau einholen sollte, allein in seiner Dienstwohnung. Als die Frau heimkehrte, fand sie ihren Mann auf dem Boden hingerichtet auf. Er hatte sich aus seinem Dienstrevolver eine Kugel ins Herz geschossen.

Schießerei in Moabit. Heute vormittag gegen einige Kommunisten, die zum nachgehenden Arbeitsnachlass kamen, ohne erkennbare Ursache Schüsse auf das nationalsozialistische Betriebslokal „Zur Eule“ in der Wirtenstrasse 42 in Moabit ab. Auch heute wurde gegen die Feinde geschossen. Die Nationalsozialistischen Schützen in Moabit, die unter Statutenabstufung gelitten hatten, von Friedensloste und Friedensloste. Er gehört jetzt einer Reihe von Jahren der von zwei Exekutivern geeigneten Wirtstrassenvereinigung an und hat als ihr Mitglied bei der Wirtstrassenvereinigung im Jahre 1927 in Moabit, bei der Wirtstrassenvereinigung in Süd-Französisch, bei der Wirtstrassenvereinigung in Süd-Französisch, bei der Wirtstrassenvereinigung in Moabit mitgearbeitet. Der Wirtstrassenverein tritt nur auf Anforderung der von Statutenabstufung betroffenen Länder in Straß, und wird nur dort eingesetzt, wo benötigte Arbeitskräfte nicht vorhanden sind, in der Lage sind, sie zu übernehmen. Er ist die wichtigste und verdienstvollsten Nationen in einem Polizeibereich verarmt. Ihre Mitglieder rekrutieren sich hauptsächlich aus Studenten und Beamten, aber auch sehr viel Handarbeiter sind darunter. In Süd-Französisch haben viele deutsche Arbeitslose verdient und Beschäftigung gefunden und mußten das Geschäft erst verlassen, als

verletzt im vorigen Monat die ersten des 26. Taufens, die am Sonntag am Spittelmarkt um halb elf, zu einem ersten Gang ins städtische Berlin auszugehen werden, die in die Paradenstraße und in die Mauerstraße führen wird. — 6 —

Eröffnung des Reichselertages in Potsdam

Unter starker Beteiligung aus allen Gebieten des Reiches wurde heute in Potsdam der 30. September eröffnet. Der Präsident des Evangelischen Reichselertages, Dr. C. A. Begrüßte die Vertreter der staatlichen Behörden, des Reichsinnenministeriums und des preussischen Kultusministeriums, dankte den Vertretern der Kirchenvereine und der freien Kirchenverbände für ihre Teilnahme mit den Zielen des Reichselertages und gründete in großer Eile das verangene Jahrestag der evangelischen Elternbewegung. Ein wesentliches Ziel sei die Zusammenarbeit von Schule und Haus.

Die Größe der deutschen evangelischen Kirche, insbesondere des Oberkirchenrats, überbrachte Reichspräsident Dr. Brüning. Im Namen der Verbände der Kirchenvereine und der Verbände der Magistrate begrüßte Superintendent Dr. G. Brandt die Teilnehmer, die Größe der freien Verbände überbrachte Dr. Jahnke.

Der Hauptvortrag über „Deutsches Volkstum und evangelische Kirche“ hielt der Präsident der Hamburgischen Erntee, Hauptpastor Dr. Schaffert.

In seinen weitverbreiteten Ausführungen wies der Vortragende darauf hin, daß die Zeit des Individualismus, die die letzten 50 Jahre angeht, bis zu Ende sei. Eine neue Zeit breche herein, in denen die objektiven Kräfte die Herrschaft annehmen. Diese Kräfte sind die nationale Bewegung, die in der Volkstumsbewegung ihren neuen Ausdruck findet, und die Bewegung für das Evangelium. Beide müssen in die neue Schule eingetribt werden, ohne überlebende Ideale, wie Humanismus oder Idealismus. Das Volkstum ist wachsend eine Einheit. Heute hat einen bestimmten Sinn. Aber es ist nicht nur ein Volk, sondern ein Volk allein, sondern auch in der Bekämpfung, die das deutsche Volk für die Zukunft hat.

In diesem Zusammenhang fanden sich in den Ausführungen des Vortragenden scharfe Ausfälle gegen nationalsozialistische Vorgehensweisen. Der Vortragende, der große Hoffnungen erklärte der Vortragende, daß gerade das deutsche Volk allein Grund hätte, den beiden Verfall der Juden innerhalb der Weltgeschichte anzuerkennen. Er bezeichnete es gerade als einen Verfall an der Bibel, wenn man diese Mission unter den Völkern ablehnen wollte.

Aber wie die Gründe ihrer Bekämpfung darin gefunden haben, den Verfall des Schönen in der Welt zu propagieren, so das Deutlichkeit, den der Freiheit und des Vertrauens an eine überweltliche Macht, die Macht Gottes. Allerdings dürfte diese Gottesbewusstheit nicht unangenehm genommen werden, nicht insbesondere, sondern persönlich. Jedes Volk sollte einwandlos sein, das es erst mit den anderen Völkern verbunden an der Geschichte der Menschheit arbeiten darf.

Nicht Abwendung von den anderen, sondern Verbindung mit ihnen im Bewußtsein eigener Kraft und besonderer Eigenheit führt in Verbindung mit dem Evangelium in eine neue Formbarkeit. In dieser Formbarkeit, die die große Gewandtheit der Schule, die der Reichselertage unterführt, ein neues Bewußt.

Hi.

Abschiedsfeier im Krankenhaus Wilmersdorf.

Der wird die Innere Abteilung des Krankenhauses Wilmersdorf in der Falgauer Straße geschlossen. Zum Abschied hatten sich gestern abend eine große Reihe von Ärzten und Verwaltungsbeamten zum Abschieden. Bürgermeister Franke schloß, wie vor zwölf Jahren nach dem Siege die Abteilung zum Abschied, die Innere Abteilung des Krankenhauses Wilmersdorf bis dahin auch Krankenhaus gewesen war. Er dankte dem bisherigen Leiter, Professor von den Belding, der er verstanden hatte, der Innere Abteilung bei der Bekämpfung und dem Herzog Wilmersdorfer Vertrauen und Empfinden zu gewinnen. Auch bei dem Krankenhause hat sich gezeigt, daß seine Aufgaben wirtschaftlich billig arbeiten und gleichzeitig eine besonders individuelle Behandlung der Kranken ermöglichen. Die Zeit der Zeit wurde ab, daß zunächst für die Wirtschaftlichkeit der großen Krankenhäuser gelernt werden muß und daß auf dieser Grundlage auch Professor von den Belding wollte in seinen Denkwürdigen seinen Abschied nehmen. Er hoffte, daß die Bekämpfung noch in absehbarer Zeit eine Wiederbelebung der Abteilung möglich machen werden. Abschließend äußerte sich Gehobtenabschied, Professor von den Belding, der Innere Abteilung über die bei den Kranken geleisteten Dienste und das harmonische Zusammenarbeiten sprachen die Betreuer des Wilmersdorfer Herzogtreins, Dr. Wollfson und Dr. Muerbach, a. a. S.

Chorak der Einbürger. In der Stadt auf heute erhaltene Feste im Rahmen einer Veranstaltung zum Abschied der Reichelstraße mehrere Berliner Erpide im Gesamtvermögen von etwa 8000 Mark. — Eine einzige Kolonne sich in der Mühlentafel Heuter, Mühlentafel 164, große Mengen von Futter- und Seitenlosten, die in einem Wirt fortgehen werden.

Bankdirektor auf der Straße niedergeschossen. Auf einer beliebigen Straße Brandenburg wurde gestern ein Bankdirektor der Bank auf der Straße überfallen und durch fünf Revolverkugeln verbleibt. Der Schüsse brachte sich noch der Tat eine schwere Verletzung bei. Nur mit Hilfe konnte die Wundwunde davon gehindert werden, den Bewußtsein zu lindern. Die Tat ist vermutlich ein Raubverbrechen, der Mörder, ein ehemaliger Beamter der Bank hatte von dem Direktor eine erhebliche Entschädigung nicht erhalten.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin
Die Deutsche Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt wöchentlich — Die Rücksendung unverlangt Manuskript Porto beifügen
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

